

NICHTRAUCHER 3 ZEITUNG 2017



Wichtige Informationen für Nichtraucher und abgewöhnungswillige Raucher

Aktiv seit 1975 (!) • Auflage 2.000 • € 2,50 • erscheint vierteljährlich

Zurück an: Thomas-Riss-Weg 10, 6020 Innsbruck

Kein Interesse? Bitte dies auf dem Adressschild vermerken und in den nächsten Postkasten werfen (unfrankiert und ohne Kuvert)! Werben Sie nach Möglichkeit weitere Mitglieder! Danke!

Nationalratswahlen am 15.10.2017: (RoRo) Die kommende Nationalratswahl ist auch für den Nichtraucherschutz eine Richtungswahl. Wir bitten unsere Leser, die Wahlentscheidung auch davon abhängig zu machen, welche Parteien sich für den Nichtraucherschutz einsetzen. Die Schutzgemeinschaft ist überparteilich, deshalb gibt es unsererseits keine Wahlempfehlung. Rauchfreie Luft zu atmen ist ein Menschenrecht. Wer das Rauchverbot in der Gastronomie ab 1.5.2018 jedoch aufheben oder lockern will, ist aus unserer Sicht nicht wählbar. Siehe auch Seite 14 und 15. Daher hingehen und richtig wählen!

Sehr geehrte Leser!



Wenn jemand ein Glas Wein oder eine Flasche Bier trinkt, schadet das einem gesunden Menschen nicht, während schon eine Zigarette ca. eine Stunde lang Unordnung in den

Kreislauf bringt. Ein bis vier Zigaretten täglich erhöhen das Herzinfarkt- und Lungenkrebsrisiko um das Dreifache.

Alkohol kann vernünftig konsumiert als Genussmittel bezeichnet werden. Nikotin ist jedoch in jedem Fall ein unbestreitbares Suchtmittel. Wenn jemand neben mir Alkohol trinkt, bin ich nicht davon betroffen. Es gibt ja kein Passivalkoholtrinken (ausgenommen der Alkoholkonsum während einer Schwangerschaft!). Raucher schaden jedoch nicht nur sich selbst, sondern im hohen Maße auch jene, die passiv mitrauchen müssen. Das gilt für das Baby im Mutterleib bis zum Greisenalter. Das ist der entscheidende Unterschied! Die Geruchsbelästigung wird zudem ein immer größeres Problem im Wohnbereich, in Kur- Pflege- und Krankenanstalten, vor Lokalen und Geschäftseingängen, ebenso in der Außengastronomie, Freibad, Freiluftveranstaltungen usw. Solange man Rauch riechen kann, ist dieser

auch schädlich!

Das Risiko, durch Passivrauchen an Krebs zu erkranken, ist etwa 100 Mal höher als das Asbestrisiko. Wenn Asbest nicht mehr vermarktet werden darf, müssten Tabakprodukte erst recht schon längst verboten sein. Im Tabakrauch wurden über 4.800 verschiedene chemische Substanzen nachgewiesen, davon sind ca. 250 giftig und 90 krebserregend. Aber ausgerechnet für die gefährlichste Droge „Tabak“ werden alle Augen

dass es in allen Räumen öffentlicher Orte gesetzlich verboten ist. Pflicht der Politik wäre es, vermeidbare Schäden vom Volk abzuwenden.

Das Rauchen kostet dem Staat und damit jedem Steuerzahler, jährlich rund 8 Milliarden Euro bei gleichzeitigen Einnahmen aus der Tabaksteuer von ca. 1,8 Mrd. Euro. Rauchen ist somit ein sozialschädliches Verhalten. Rauchen ist mit Abstand die wichtigste vermeidbare Krankheits- und Todesursache. Wir

Alkohol lässt sich nicht mit Nikotin vergleichen

aus wirtschaftlichen Gründen zuge-drückt und Ausnahmen gemacht. Nach dem Lebensmittelgesetz, Chemikaliengesetz und Umweltschutzgesetz dürfte Tabak jedenfalls nicht mehr angeboten werden. Diese Inkonsequenz hat katastrophale Folgen: 11.000 bis 14.000 Raucher sterben jedes Jahr in Österreich vorzeitig und über 1.000 Menschen nur deshalb, weil sie passiv mitrauchen mussten.

Raucher haben kein Recht, die Atemluft anderer Menschen zu verpesten und zu vergiften. Luft ist unser wichtigstes Lebensmittel. Leider ist aufgrund mangelnder Ernsthaftigkeit der Politik, das Rauchen immer noch gesellschaftlich akzeptiert, außer

haben in Österreich ca. 2,3 Millionen Raucher und über 300.000 Alkoholranke und über 700.000 Österreicher, die regelmäßig Alkohol im gesundheitsschädigenden Ausmaß trinken. Auch beim Alkohol sollte jegliche Werbung verboten werden. Alkoholisiert mit dem Auto zu fahren oder gewalttätig zu werden, ist eine kriminelle Handlung, die hart bestraft werden muss. Alkohol kann ein Problem werden, wenn Grenzen überschritten werden. Rauchen ist ein Problem, weil es krank macht und tötet, selbst bei bestimmungsgemäßen Gebrauch. Alkohol lässt sich nicht mit Nikotin vergleichen! Schade, dass das viele nicht begreifen.

Robert Rockenbauer, Bundesleiter

Tabakwarenmarkt Österreich 2016

Tabakspannerträge durch geringe Preiserhöhungen gesunken

Die Tabakspannerträge aller Tabakfachgeschäfte sind von € 299 Mio. auf € 295 Mio. von 2015 auf 2016, also um 1,1%, gesunken. Waren die Einkommen der Trafikanten aus dem Tabakwarenverkauf in den Jahren 2012 bis 2015 noch leicht stärker als die Inflation gewachsen, so bedeutete das Jahr 2016 eine Trendumkehr.

Die Trafiken haben eine gesetzlich garantierte Handelsspanne von 53% vom Wirtschaftsnutzen. Dieser ergibt sich als Differenz zwischen Kleinverbrauchspreisen abzüglich aller Steuern. 2016 ist dieser Wirtschaftsnutzen gesunken, weil die Preiserhöhungen, die von der Industrie festgelegt werden, niedriger als die Steuererhöhungen ausgefallen sind. Die durchschnittliche Preiserhöhung lag 2016 mit rd. 11 Cent pro Packung unter den Vorjahreswerten (2013: 13 Cent, 2014: 15 Cent, 2015: 15 Cent).

Anteil von Menschen mit Behinderung gestiegen – Anzahl der Fachgeschäfte leicht rückläufig

1.276 Inhaber der 2.434 Tabakfachgeschäfte in Österreich sind Menschen mit Behinderung. Dies entspricht für 2016 einer Quote von 52,4 % (2015: 52%). Insgesamt gibt es um 24 Standorte (1%) weniger als noch im Jahr 2015. Die Phase der aktiven Strukturbereinigung ist abgeschlossen.

57 Trafiken wurden im Jahr 2016 an Menschen mit Behinderungen neu vergeben. Alle neuen Trafikanten (100%), die keinen gesetzlichen Anspruch als Angehörige hatten, gehören dem Kreis der Behinderten an.

Die Monopolverwaltung

Das Tabakmonopol, welches mit dem Trafikwesen einen eigenen Vertriebskanal für das sensible Genussmittel Tabak gewährleistet, schafft einen geregelten **Ausgleich zwischen der Rauchkultur und dem Gesundheitswesen. Gefestigt wird das Monopol durch seine sozialpolitische Ausrichtung.**

„Wir sehen es als unsere Pflicht, durch zeitnahe Informationen von Daten über die Entwicklung des Tabakmarktes und Trafikwesens zu einer sachlichen Diskussion im kontroversiellen Umfeld des Rauchens einen aktiven Beitrag zu leisten.“ erklärt Mag. Hannes Hofer und erläutert weiter: „... gerade in dieser Marktsituation ist es wichtig, dass alle Marktteilnehmer sich einer verantwortungsvollen Diskussion stellen und maßvoll agieren!“

Anmerkung:

Man sieht auch am Vokabular, woran es bei uns in Österreich hakt. Monopol bedeutet: „das absolute Vorrecht/Alleinrecht in Bereichen der Wirtschaft und der staatlichen Machtbefugnisse, bezogen auf Waren und die Bereitstellung von Dienstleistungen.“ Diese Drogenvertretung ist so überheblich, dass sie sich ungeniert als Monopol bezeichnet. Es zeigt vor allem, dass sich die Drogenindustrie durch den österreichischen Staat durch ein „absolutes Vorrecht/Alleinrecht“ geschützt weiß. Hier spielt man sich sogar mit Kompetenzen als Staat im Staate auf.

Die Monopolverwaltung und der ganze Politapparat spricht von „Genussmittel“, obwohl der Tabak unbestritten ein „Suchtmittel“ ist. Man spricht von „Raucherkultur“, obwohl das Rauchen eine „Unkultur“ im

größten Ausmaß ist. Eine Tätigkeit, die im Normalfall zum vorzeitigen Tod führt, kann niemals mit „Kultur“ bezeichnet werden.

Es ist eine zynische Frechheit des Monopols, das Gesundheitswesen anzusprechen, für das das Monopol einen geregelten Ausgleich mit der Rauchkultur schaffen will. Hier will man den Eindruck erwecken als sei es der kompetente Regulierer im Staat, der bei seiner Drogenarbeit auch das Gesundheitswesen bedenkenlos einbeziehen könne. Und so etwas lässt sich der österreichische Staat gefallen? Das Gesundheitswesen wird durch niemanden mehr finanziell belastet als durch die Raucher!

Ebenfalls eine zynische Frechheit ist der Hinweis: „Gefestigt wird das Monopol durch seine sozialpolitische Ausrichtung.“ In Wahrheit steckt hinter der sog. „sozialpolitischen Ausrichtung“, dass soziale Projekte finanziell gefördert werden, um das negative Image zu verbessern. Hier werden Entscheidungsträger im Sozialbereich, die oft auch politische Ämter innehaben, durch Spenden und Sponsoring und möglicherweise durch andere Zuwendungen geschmiert bzw. bestochen.

In einer Art Doppelstrategie wird die Politik damit gefügig gemacht, die enormen volkswirtschaftlichen Folgekosten des Rauchens von rund 8 Mrd. Euro pro Jahr nicht von der Verursacherin (der Drogenindustrie) einzufordern. Diese Kosten werden dann einfach sozialisiert. Hinzu kommen noch ca. 9 Milliarden intangible Kosten für erlittenes Leid und Schmerz, die von der Drogenindustrie an Raucher und Angehörige zu zahlen wären.

Robert Rockenbauer und
Dr. Helmut Weber

Impressum:

Medieninhaber und Verleger:

Österreichische Schutzgemeinschaft für Nichtraucher
Thomas-Riss-Weg 10, 6020 Innsbruck
Bundesleiter Robert Rockenbauer (RoRo)

Hersteller:

Wallig, Rossaugasse 1, 6020 Innsbruck

Mitgliedsbeitrag:

Mitgliedsbeitrag 25 Euro inkl. Zeitung.

Bankverbindung Tiroler Sparkasse

IBAN: AT56 2050 3000 0007 5960
BIC: SPIHAT22XXX

Offenlegung:

Die *NichtRaucher-Zeitung* dient in erster Linie der Bewusstseinsstärkung und Aufklärung der Nichtraucher und wird an Mitglieder kostenlos verteilt.

Veröffentlichungen aus der NichtRaucher-Zeitung (NRZ) in anderen Medien sind unter Hinweis der Quelle und Zusendung

eines Belegexemplares erwünscht!

Persönlich und telefonisch erreichbar:

Beratungszentrum, Haller Str. 3
6020 Innsbruck
Montag - Freitag
9.30 - 12.30 Uhr, 15 - 18.30 Uhr
Telefon 0664 / 9302 958
Fax 0512/268025

www.alpha2000.at/nichtraucher
nichtraucherschutz@aon.at

Sind Nichtraucher glücklicher als Raucher?

Eine Studie belegt, dass sich der Dopaminhaushalt nach drei rauchfreien Monaten normalisiert.

Dopamin gilt als Glückshormon. Der chemische Botenstoff im Gehirn, der Signale zwischen Neuronen weiterleitet und so für die Steuerung von körperlichen und geistigen Bewegungen sorgt, hängt mit Belohnung und der Aufmerksamkeitsspanne zusammen.

Eine Studie – veröffentlicht in *Biological Psychiatry* – belegt nun, dass Raucher häufig zu wenig von dem Neurotransmitter produzieren.

Bei 30 nikotinabhängigen Männern sowie 15 Nichtrauchern wurde der Dopaminhaushalt mithilfe einer speziellen Technik gemessen. Drei Monate später wurde derselbe Scan wieder an 15

Männern, die seit dem ersten Durchgang mit dem Rauchen aufgehört hatten, durchgeführt.

15 bis 20 Prozent weniger Dopaminproduktion bei Rauchern als bei Nicht-Rauchern war das Ergebnis des ersten Tests. Die zweite Untersuchung an Neo-Nichtrauchern ergab – auch für die Forscher überraschend –, dass sich die Dopaminfunktion nach den drei Monaten weitgehend stabilisiert hatte.

Nikotin und Sucht

Warum werden nur manche Menschen nikotinabhängig? Auch diese Frage muss in den Forschungen berücksichtigt werden, sagt Lena Rademacher von der Universität Lübeck. Eine mögliche Erklärung wäre, dass manche Menschen bestimmte Merkmale haben, die

sie anfälliger für Süchte machen – seien es Zigaretten, Drogen oder Sonstiges.

Bestätigt ist, dass Nikotinabhängigkeit und Veränderungen im Dopaminsystem zusammenhängen. Unsicher ist aber, ob diese Veränderungen erst durch kontinuierliches Rauchen entstehen. Möglicherweise sind sie auch schon vorher vorhanden und begünstigen sogar das Abhängigwerden von den Zigaretten.

Die Untersuchungsergebnisse deuten eher auf Ersteres: Die veränderte Dopaminfunktion bei Rauchern sei eine Konsequenz der Nikotinsucht, nicht die Ursache, vermuten die Forscher.

Kurier 31.07.2016

Auch Passivrauchen tötet

Von 47.000 Todesfällen durch Lungenkrebs entfallen 6.000 auf Passivrauchen

Bremen/Obernkirchen (ots) - Von Prof. Gerd Glaeske, Wissenschaftlicher Leiter „Länger besser leben.“-Institut, Universität Bremen.

Wir haben uns bereits daran gewöhnt, dass auf Zigarettenpackungen Fotos aufgedruckt sind, die uns allen die Folgen des Rauchens drastisch zeigen. Gefäßschäden, die zu Durchblutungsstörungen oder zu Amputationen an Füßen und Beinen führen, dunkel gefärbte Lungen mit Teerablagerungen oder Krebs gehören zu den schlimmen Begleiterscheinungen von dauerndem Zigarettenkonsum - mit dem die Menschen sich selber schaden.

2012 sind in Deutschland 47.000 Menschen an Lungenkrebs gestorben. Aber es gibt weitere Folgen: Rauchen ist neben mangelnder Bewegung und ungesunder Ernährung einer der wichtigsten Risikofaktoren für chronische, nicht übertragbare Krankheiten wie Herz-Kreislaufkrankheiten, chronische Atemwegserkrankungen, Krebs und Typ 2 Diabetes. Nahezu jedes Organ im Körper kann geschädigt werden, besonders die Atemwege und das Herz-Kreislaufsystem.

Chronisch obstruktive Lungenerkrankungen, besser als COPD bekannt,

sind fast ausschließlich auf das Rauchen zurückzuführen. Insgesamt kostet Rauchen nicht nur viel Geld, es „kostet“ auch Lebensjahre. Das Leben wird um durchschnittlich zehn Jahre verkürzt. Jedes Jahr sterben in Deutschland 110.000 bis 140.000 Menschen an den Folgen des Rauchens (Österreich: 11.000 bis 14.000). Daher ist es längst überfällig, dass die Werbung und die Automaten für Zigaretten verboten und die Zigarettenpackungen teurer werden, damit gerade junge Menschen nicht mehr mit dem Rauchen anfangen.

Es sind aber nicht nur die Raucher selber, die sich schaden, sie schaden auch den Menschen um sie herum, wenn sie in geschlossenen Räumen rauchen (Anm.d.Red.: auch im Freien werden Passivraucher gefährdet!). Von den 47.000 Todesfällen durch Lungenkrebs entfallen etwa 6.000 auf Passivrauchen, 7,6 Prozent der männlichen und 4,7 Prozent der weiblichen Lungenkrebstodesfälle. Dies sind die Folgen, die durch das Einatmen des Zigarettenqualms und vor allem durch das Einatmen des Nebenstromrauchs zustande kommen, der beim Glimmen der Zigaretten entsteht und mehr Schadstoffe enthält als der ausgeblasene Zigarettenrauch.

Ein Rauchstopp wirkt sich sofort positiv auf die Gesundheit aus und redu-

ziert langfristig das Risiko für die durch das Rauchen verursachten Erkrankungen. Gesundheit, Wohlbefinden und Mitmenschen werden es danken.



Dank der Spenden für die Jugendaufklärungsarbeit können wir den Schulen wieder ein tolles, zum Nichtrauchen motivierendes Plakat kostenlos zusenden und bitten um entsprechenden Aushang. Danke!

Nachbestellungen: Farbposter 42 x 59 cm, Best.-Nr. P/34, Euro 2,20.

Ein rauchender Mensch!

Ein Mensch, der über Jahre raucht,
 und rauchend seinen Körper schlaucht,
 hat lange schon recht leere Kassen,
 ist arbeitslos, ist lang entlassen,
 es fehlt bei ihm an allen Enden,
 lässt sich vom Staat die „Stütze“ spenden,
 stützt selbst die Tabakindustrie,
 das Rauchen lassen (?), nein, das nie.
 Teuer rauchen, ärmlich kleiden,
 aber nicht den Tabak meiden,
 teuer rauchen ärmlich essen,
 Tabak kaufen nicht vergessen,
 das Kindergeld dafür verwenden,
 vielleicht den Ehering verpfänden.
 Für Nikotin er viel entbehrt. –
 Ist das die Raucherei denn wert?
 Ein Mensch, der über Jahre raucht,
 und rauchend seinen Körper schlaucht,
 sich somit selbst ins Abseits stellt,
 weil er der Mehrheit nicht gefällt,
 wird, wenn er raucht, wie längst bekannt,
 per Gesetz vor die Tür verbannt.
 Nur zu Hause und im Freien
 darf er dem „Tabakgott“ sich weihen,
 ihm süchtig huldigen,
 auch wenn's verkehrt. –
 Ist das die Raucherei denn wert?

Rudi Wagner, Nichtraucher-Initiative Wiesbaden e.V.

Zahlschein

Dieser Ausgabe ist wieder ein Zahlschein zur Begleichung des Jahresbeitrages (oder einer extra Spende!) beigelegt. Wir bitten Sie sehr um Ihre Unterstützung, da sich schon jetzt abzeichnet, dass wir dieses Jahr nicht ausgeglichen bilanzieren können. Nichtraucherenschutz geschieht nicht von alleine. Es braucht nach wie vor unsere Aktivität. Sollten jedoch immer mehr Leser sich von einer finanziellen Unterstützung verabschieden, sehen wir uns gezwungen, die Printausgabe der Nichtraucher-Zeitung einzustellen. Das wäre sehr schade, weil viele Empfänger diese kompakte Information sehr schätzen. Die NRZ lässt sich gut sammeln und ist so immer eine wertvolle Informationsquelle. Vieles, was wir in der NRZ veröffentlichen, kann man nicht im Internet finden. Geben Sie uns bitte mit Ihrem finanziellen Beitrag die Chance, weiterhin für den Nichtraucherenschutz und die Aufklärungsarbeit tätig zu sein. Robert Rockenbauer, Bundesleiter

Rauchverbot ab Mai 2018

Durch das am 1. Mai 2018 in Kraft tretende Rauchverbot in allen Lokalen gibt es nur einen Verlierer, die Tabakindustrie, und die ist längst in ausländischer Hand. In Österreich werden alle davon profitieren. Gäste atmen saubere Luft, Rauchern wird das Aufhören erleichtert, Jugendliche werden nicht mehr verführt und alle werden ihr Herzinfarkt-, Schlaganfall- und Krebsrisiko reduzieren, vor allem die Kellner. In Bayerns (D) Gastronomie sind die Umsätze nach dem Rauchverbot gestiegen. Südtirol und Italien haben schon seit 2005 eine rauchfreie Gastronomie und unsere Nachbarn Ungarn, Slowenien und Tschechien folgten. In England, Frankreich und allen nord- sowie westeuropäischen Ländern, die (seit 2004) rauchfreie Lokale einführen, kam es für Wirte zu keinen Geschäftsverlusten, das Personal wurde gesünder und auch in der Bevölkerung nahmen Herz-Kreislauf-Krankheiten ab. Die Zustimmungsraten stiegen nach dem Verbot auf Werte um 90 Prozent, weil auch die Raucher erkannten, dass die Vorteile überwiegen, besonders gesundheitliche. Nur die Tabakindustrie, ihre Komplizen und „Geschäftspartner“ sind dagegen.

Univ.-Prof. Manfred Neuberger, Umweltmediziner

Abfallmengen

Die Produktion und Entsorgung von Tabakprodukten verursacht weltweit enorme Abfallmengen: Schätzungsweise über zwei Millionen Tonnen fester Müll, 300.000 Tonnen nikotinhaltiger Abfall und etwa 200.000 Tonnen Chemieabfall. Zigaretten sind das am häufigsten weggeworfene Abfallprodukt. Zigarettenfilter sind überall in der Umwelt zu finden und enthalten giftige und krebserzeugende Substanzen.

Wir fordern Kinderschutz vor Passivrauchen

Die Jugendschutzbehörden werden aufgefordert, die Jugendschutzbestimmungen dahingehend zu ändern, dass Kinder und Jugendliche vor Passivrauch geschützt werden.

- **Rauchen ist zu verbieten in Räumen (Wohnung, Lokale usw.) und in Fahrzeugen, wenn sich dort Kinder befinden.**
- **Rauchen ist im Freien zu verbieten, wenn sich ein Kind oder mehrere in einer Entfernung von 10 Metern von der rauchenden Person befinden.**

Das Passivrauchen der Kinder kommt einer „körperlichen Misshandlung“ gleich, die gesetzlich verboten werden muss. Nahezu alle Kinder werden bereits vor der Geburt sowie im Säuglings- und Kleinkindalter durch Tabakrauchgifte ernstlich geschädigt. Hier braucht es noch viel Aufklärung und Verantwortungsbewusstsein von Behörden und Eltern. Wenn die Eltern nicht gewillt sind, die Gefahr abzuwenden, hat das Familiengericht nur dann eine Möglichkeit einzugreifen, wenn die Gesetze dafür da sind. Der Irrsinn besteht leider darin zu glauben, dass Eltern ihre Kinder schädigen dürfen, wenn es gesetzlich nicht verboten ist und daher eine Schädigung akzeptiert wird. Deshalb braucht es dringend Gesetze, die Kinder vor Passivrauch schützen und zwar immer und überall, egal ob in der eigenen Wohnung oder im Freien! Robert Rockenbauer

Selbst Raucher wollen Rauchverbot im Auto

Qualmen im Auto, wenn Kinder an Bord sind? Eine neue Studie zeigt: Zwei Drittel aller Deutschen wollen dies verbieten - sogar die Raucher selbst. Warum sperrt sich die Politik dennoch gegen ein Verbot?

Von Claus Hecking

Zwei von drei deutschen Rauchern sind für einen schärferen Nichtraucherschutz. In einer neuen repräsentativen Studie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf plädieren 67 Prozent der befragten Raucher dafür, das Qualmen im Auto zu verbieten und unter Strafe zu stellen, sofern Kinder mit im Fahrzeug sitzen. Nur 14 Prozent von ihnen sind dagegen.

Insgesamt fordern 71 Prozent aller Deutschen ein solches Rauchverbot im Auto. Die „Deutsche Befragung zum Rauchverhalten“ (DEBRA-Studie), deren erste Ergebnisse an diesem Freitag veröffentlicht werden sollen, ist mit mehr als 10.000 Studienteilnehmern eine der umfangreichsten Untersuchungen zum Thema Rauchen in Deutschland.

Raucher einsichtiger als Politiker

Ein Rauchverbot im Auto würde den Nichtraucherschutz in Deutschland auf eine neue Stufe hieven. Zwar ist das Rauchen seit einigen Jahren an manchen öffentlichen Orten wie Flughäfen oder in Büros untersagt. Im privaten Lebensbereich kann hierzulande aber jeder oder jede nach Belieben qualmen - selbst wenn die krebserregenden Abgase Kinder schädigen. Denn während andere Staaten das besonders gefährliche Rauchen im Auto mit minderjährigen Passagieren verbieten, lehnen viele Entscheider in Berlin einen verbesserten Nichtraucherschutz ab.

„Die Sorge der Politiker, dass sie ihre Wähler mit so einem Verbot vergrätzen könnten, ist unbegründet“, sagt Daniel Kotz, Professor für Suchtforschung der Universität Düsseldorf und Leiter der DEBRA-Studie. „Selbst unter den Rauchern hat die Mehrzahl erkannt, wie sinnvoll es ist, die Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen. Bei Kindern ist das Risiko lebenslanger Schädigung

gen besonders hoch.“

Passivrauchen tötet laut der Weltgesundheitsorganisation weltweit etwa 600.000 Menschen pro Jahr, davon 165.000 Minderjährige. Pro Stunde sterben also 18 Kinder und Jugendliche an den Folgen des Passivrauchens. Zum Vergleich: durch Terrorismus kamen 2015 knapp 30.000 Menschen ums Leben, der Straßenverkehr forderte etwa 1,25 Millionen Todesopfer.

Minderjährige Passivraucher sind besonders gefährdet: Weil sie öfter atmen als Erwachsene, weil sich die Lunge noch herausbildet und weil ihr Entgiftungssystem nicht ausgereift ist. „Passivrauchen erhöht gerade bei Kindern das Risiko für eine Reihe von Krankheiten“, sagt Forscher Kotz: „von Asthma über lebenslange Lungenschäden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs bis hin zum plötzlichen Kindstod“.

Und im Auto ist die Giftstoffbelastung extrem: Selbst bei leicht geöffnetem Fenster ist die Konzentration mancher toxischer Partikel laut Messungen des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) teils fünfmal so hoch wie in einer durchschnittlichen Raucherneipe. Da laut DKFZ etwa ein Drittel aller deutschen Raucher noch immer hinter dem Steuer qualmt, sind rund eine Million deutsche Kinder dem Tabakrauch im Auto ausgesetzt.

Verbot verfassungswidrig?

Zahlreiche Länder, von Frankreich und Großbritannien über Italien und Griechenland bis hin zu Australien, Teilen Kanadas und der USA haben daher das Rauchen im Auto mit mitfahrenden Minderjährigen in den vergangenen Jahren verboten. Nicht aber Deutschland.

Als die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler (CSU) 2015 einen Vorstoß zum Rauchverbot im Auto bei mitreisenden Kindern unternahm, wurde sie blockiert - vor allem von Parteikollegen aus der Union. Die persönliche Freiheit der Bürger würde zu stark eingeschränkt, hieß es. Und das Bun-

desgesundheitsministerium von Hermann Gröhe (CDU) behauptete gar, ein solches Gesetz sei womöglich verfassungswidrig.

Allerdings widerspricht dem der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem Gutachten: Ein solches Rauchverbot wäre laut den Rechtsexperten sehr wohl mit dem Grundgesetz vereinbar und verhältnismäßig. Und die persönliche Freiheit wird auch zum Beispiel durch die Gurtpflicht eingeschränkt - obwohl es beim Anschnallen fast nur um die Sicherheit des Gurträgers geht und nicht wie beim Rauchen im Auto um die Schädigung Anderer, die oft nicht einmal gefragt werden.

„Das Kind ist kein Privateigentum der Eltern“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion Maria Michalk (CDU). Die freiheitliche Grundordnung sei aber auch ein hohes Gut. Vor einem Verbot müsse der Staat daher entschieden an die Vernunft rauchender Erwachsener appellieren. „Wenn es nicht auf Dauer anders geht, muss die Politik langfristig darüber nachdenken, konsequenter das Recht des Kindes durchzusetzen.“ Doch Gröhes Ministerium will von einem Verbot offenbar noch immer nichts wissen, wie verklausulierte Antworten auf eine SPIEGEL-ONLINE-Anfrage nahelegen.

Der Sozialdemokrat Lothar Binding will nicht länger warten. „Die persönliche Freiheit des Erwachsenen hört auf, wo er die Gesundheit der Kinder gefährdet. Und viele Menschen, die nikotinsüchtig sind, können sich nur an solche Regeln halten, wenn sie für alle gelten“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete, der seit Jahren für den Nichtraucherschutz kämpft.

Erfolgreiche Lobbyarbeit

Binding will sich in der kommenden Legislaturperiode für ein Rauchverbot am Steuer bei mitreisenden minderjährigen Passagieren einsetzen. „Wie die Umfrage zeigt, sind die deutschen Raucher vernünftiger als viele Kollegen im Bundestag. Die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung muss sich im Parlament wider-

spiegeln. Sonst kommen Verdachtsmomente auf.“

Die Berliner Politik gilt als Tummelplatz der Zigarettenlobby. Kaum eine Nation in Europa reguliert die Tabakbranche so lax wie Deutschland. Der Jugendschutz ist für die Blockierer offenbar zweitrangig. Und die Meinung ihres Volkes auch: 65 Prozent aller Deutschen sind laut einer Emnid-Studie gegen Tabakwerbung.

Seit Jahren unterstützen die Zigarettenmultis Veranstaltungen und Medien von Parteien und deren Unterorganisationen. Erst Ende Mai sponserte der Konzern JTI („Camel“) die Feier zum 70-jährigen Bestehen

der Mitgliederzeitschrift der Jungen Union, zu der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel kam. Philip Morris („Marlboro“) ließ der Jungen Union von 2010 bis 2015 rund 71.000 Dollar zukommen. Insgesamt gab der weltgrößte private Tabakhersteller in diesem Zeitraum rund 544.000 Euro für Veranstaltungen von CDU, CSU, SPD und FDP sowie deren parteinaher Organisationen aus, wie die lobbykritische Organisation Lobbycontrol herausgefunden hat.

Es scheint sich bezahlt zu machen. „Verglichen mit anderen westeuropäischen Staaten ist der Raucheranteil in Deutschland noch immer sehr hoch, auch wegen der schwachen Regulierung“, sagt Sucht-

forscher Kotz. Während in Großbritannien nur noch 19 Prozent der Erwachsenen rauchen, sind es hierzulande laut der DEBRA-Studie satte 28 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil bei Bürgern ohne Schulabschluss (37 Prozent) und mit niedrigem Einkommen (36 Prozent).

Nicht nur beim Passivrauchen will die Mehrheit der Deutschen den Jugendschutz verbessern: 43 Prozent sind dafür, die Altersgrenze für den Kauf von Zigaretten auf 21 Jahre anheben. Nur 32 Prozent wollen sie bei 18 Jahren belassen. Es gilt noch viel zu verhindern für die Tabaklobbyisten und ihre Verbündeten.

SPIEGEL ONLINE, 30.6.2017

Rauchszenen haben großen Einfluss auf Jugendliche

17.7.2017 - Studien konnten nachweisen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem Beginn des Rauchens bei Jugendlichen und der positiven Darstellung von Rauchszenen in Spielfilmen besteht. Die Studie führte die Organisation „*Breath the California*“ durch.

Zudem konnte die Studie nachweisen, dass in den letzten Jahren die Szenen in erfolgreichen Spielfilmen, die das Rauchen positiv darstellen, um 72 Prozent gestiegen sind. Um 43 Prozent stieg die Anzahl der Raucher in Filmen mit der Einstufung PG-13 (Empfohlen für Kinder ab 13 Jahren,

darunter mit Begleitung der Eltern).

Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder oder Jugendliche nach dem Schauen solcher Spielfilme mit dem Rauchen anfangen, steigt um das Zwei- bis Dreifache. Es wird deshalb empfohlen, die Altersfreigabe solcher Spielfilme zu erhöhen.

Indessen zeigte eine Studie in Chile, dass 80 Prozent der Raucher hiermit beginnen, wenn sie jünger als 13 Jahre sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Rauchen zur Sucht wird steigt, je früher man damit beginnt. Dies würde erklären, wieso sich die

Tabakindustrie bemüht, in Spielfilmen für diese Alterszielgruppe das Rauchen positiv darzustellen.

Die Studien zeigen eindrucksvoll, welchen Einfluss erfolgreiche Spielfilme auf das Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen ausüben. Gegenwärtig ist Mode geworden, die unglaublichsten Formen „sexueller Orientierungen“ zu zeigen. Es sollte untersucht werden, ob die steigende Zahl von Kindern oder Jugendlichen, die sich „im falschen Körper fühlen“, nicht auf Spielfilme oder Fernsehserien zurückgeht.

www.facebook.com/aktionkig/

Rauchen in Kinderfilmen wirbt für falsche Toleranz

Der Kinderfilm „*Blöde Mütze*“ ist eine ganz raffinierte Schleichwerbung fürs Rauchen. Kindern wird gezeigt, dass man Rauchen tolerieren muss, um Freunde zu gewinnen.

Ganz besonders schlimm war das Ende des Films. Der Nichtraucher Martin (blöde Mütze genannt) schenkt dem Raucher Oliver (Olli) ganz besonders ausgewählte Zigaretten. Eine Geste für Verständnis und Freundschaft. Das ist eine gesetzwidrige, sehr hinterlistige, kinderfeindliche, tabaknikotindrogenindustrie-freundliche, schlimme und perverse Szene. Olivers Vater wird in einem Kommentar als Alkoholiker bezeich-

net, aber leider nicht als Nikotiner.

Der Film soll das normale Leben Pubertierender zeigen. Meiner Meinung nach führen die Rauchszenen nichtrauchende Kinder und Jugendliche in die Irre, indem der Film zeigt, dass man nichts gegen das Rauchen tun soll, wenn man Freunde gewinnen will. Schlimmer geht's nimmer!

Wegen der Ausreden der öffentlich/rechtlichen Fernsehanstalten sollten wir die Verantwortlichen fragen, ob die Lieblingsfiguren der Kinder wegen der Dramaturgie rauchen müssen. Ich habe jedenfalls nie einen Bären rauchen gesehen. In dem

Film „*Käpt'n Blaubär*“ habe ich sehr oft Rauchszenen gesehen, in welchen Käpt'n Blaubär in Gegenwart der kleinen drei Bärchen raucht, und zwar in seiner Kajüte. Alles war voller Rauch. Dass die Sendung mit der Maus nie über die Gefahren des Rauchens und Passivrauchens berichtet hat, zeigt, was gefördert werden soll.

Sich für eine rauchfreie Welt zu engagieren, ist Friedensarbeit! Dazu F. Hebbel: „**Wer die Menschen kennenlernen will, der studiere ihre Entschuldigungsgründe!**“

Birgit Kübler

Ja, das ist unser erklärtes Ziel: eine rauchfreie Zukunft! Angesichts der vielen Tabaktoten, des unsäglichen Leides durch die zahlreichen tabakbedingten Krankheiten, der horrenden Folgekosten des Tabakkonsums und der immensen ökologischen Schäden durch Tabakanbau und -verarbeitung bleibt keine andere Wahl als den Tabak als Konsumgut ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Auf eine rauchfreie Zukunft!

Doch nicht nur wir - die Nichtraucher-Initiativen - haben die Zeichen der Zeit erkannt. Auch andere wollen einen „Meilenstein auf dem Weg in „eine rauchfreie Zukunft“ setzen.

Und wie heißt der Steinmetz, der diesen Meilenstein errichtet? Sein Name ist - „Philip Morris“! Ein Aus für die Zigarette? Ja, ihm schwante, herkömmliche Zigaretten haben keine Zukunft. Der Zeitgeist ist nun mal dagegen.

Will also Philip Morris aus dem Tabakgeschäft aussteigen? Tod für Marlboro und Konsorten? Nein, nicht ganz! Es gibt da eine andere Idee: Der Tabak soll nicht mehr geraucht, sondern gedampft werden. Das ist gesünder, ist sich Philip Morris sicher. Was tut man nicht alles für die Gesundheit? Aber für diese hehre Aufgabe muss man Opfer bringen. Stacey Kennedy, die Deutschland-Chefin von Philip Morris ist sich „sehr wohl bewusst, dass wir unser eigenes Geschäft kannibalisieren“. Müssen eimern da nicht die Tränen kommen?

In Deutschland beginnt die „Kannibalisierung“ mit einer beachtlichen Investition in die Zukunft. Auf einer Fläche von etwa 13 Fußballfeldern soll für umgerechnet 286 Millionen Euro in Dresden ein Hightech-Werk für Mini-Zigaretten entstehen, die in einer Kunststoffhülse nicht verbrannt, sondern lediglich erhitzt werden. „Kein Feuer, keine Verbrennung, keine Asche“, so beschreibt die Chefin die bahnbrechende Innovation. Doch das Ganze sei nicht unschädlich und ohne Risiko, wird einschränkend zugegeben. Aber gesünder sei es schon.

Diese Investition sei ein Bekenntnis ihrer Firma zu Deutschland mit seiner langen Tradition bei der Herstellung von Tabakprodukten, betonte die Deutschland-Chefin. Sie vergaß aber, das innige Verhältnis von Politik und Tabaklobby ganz beson-

Rauchfreie Zukunft

ders in Deutschland zu würdigen. Hier wird jeder Widerstand gegen die tödliche Droge Tabak im Keime erstickt. Hätte Deutschland das geforderte Außenverbot für Tabakwaren termingerecht umgesetzt, so könnte jetzt auch nicht für die neue „segensreiche“ Innovation geworben werden.

Was nun ist der „Segen“ des neuen Produktes? In Zukunft soll es keine „Raucher“ mehr geben, sondern nur noch „Dampfer“. Wenn es keine Raucher mehr gibt, dann wird auch der Begriff „Nichtraucher“ gegenstandslos. Wozu dann noch „Nichtraucher-Initiativen“? Auch alle Vorschriften zum Nichtraucherschutz wären hinfällig. Positive Erkenntnis: Rauchverbote allein sind nicht ausreichend, um das eigentliche Problem zu lösen. Es muss uns um die Beseitigung der Tabakdrogen gehen.

Die Tabakdrogenindustrie hat ein Hintertürchen gefunden, um an der Konfrontation zwischen Rauchern und Nichtrauchern vorbei ihr Schäfchen in's Trockene zu bringen. „Streitet euch nur, wir gestalten inzwischen die rauchfreie Zukunft!“. Und: „Wenn ihr noch um mehr oder weniger Nichtraucherschutz streitet, dann sind wir schon ein Stück weiter!“. Ein neues Konzept gegen das Rauchen, ausgetüfelt von der Tabakindustrie. „Wollt ihr nun endlich eure Waffen niederlegen?“.

Nein, das werden wir nicht. Ob Rauchen oder Dampfen, beides ist gefährlicher Tabakdrogenkonsum. Der Konsument gefährdet nicht nur sich selbst, sondern weiterhin auch andere. Wenn durch die von der Tabakindustrie geschürte Hoffnung auf eine rauchfreie Zukunft unser Widerstand gegen den Tabak und deren Verarbeiter erlahmt ist, wie es die Tabaklobby erwartet, dann würde schließlich auch dem Rauchen nichts mehr im Wege stehen. Die Bestim-

mungen über den Nichtraucherschutz wären hinfällig. Sie haben ja jetzt schon große Löcher. Aber dann wäre alles so wie früher. Es darf wieder nach Herzenslust gequalmt werden!

„Es wird nicht gequalmt, es wird gedampft!“ hält der Tabakmulti dagegen. „Kein Feuer, keine Verbrennung, keine Asche“ heißt die neue Losung. Doch wenn der Tabak nicht zu Asche wird; wenn aus ihm nur einige Inhaltsstoffe ausgedampft werden, dann bleibt doch die Tabaksubstanz als Trägermasse übrig. Was passiert mit ihr dann? Lässt sie sich in die Pfeife stopfen oder an die Kinder zum Endverbrauch weiterreichen? Fragen, auf die wir noch keine Antwort wissen. Eines ist sicher: Bei den Dampfern bleibt die Abhängigkeit vom Nikotin und damit die Liebe zum Tabak erhalten. Eine Rückkehr zur geliebten Normalo-Zigarette bleibt sehr wahrscheinlich.

Alle diese Konsequenzen hätten bedacht und untersucht werden müssen bevor man sich auf ein solches Wagnis einlässt. Doch die lokalen Politikerspitzen begrüßten das Trojansche Pferd mit großem Hallo, ohne zuvor nachzuschauen, wer oder was sich drinnen versteckt. Für die edlen Spender wurde am 19. Juni in Dresden ein Festakt veranstaltet, auf dem Sachsens Premier die „Entscheidung für Smart Tobacco“ gebührend würdigte. Das Vertrauen der Politik zu Big Tobacco erweist sich als unerschütterlich. Wie weit reicht nun unser Vertrauen in den Big Deal zwischen beiden innig verbundenen Partnern?

Wer von uns sich bisher vorrangig dem Nichtraucherschutz gewidmet hat mag sich am Ziel seiner Träume wähen und nunmehr seine Segel streichen. Eine rauchfreie Zukunft kam selbst in seinen kühnsten Träumen nicht vor. Nun ist es die Tabaklobby, die jene Utopie zur Wirklichkeit werden lassen will. Wow - Philip Morris ist schon auf dem Weg zur rauchfreien Gesellschaft!

Doch lassen wir uns nicht täuschen! Wir streiten schon seit längerem für eine tabakdrogenfreie Gesellschaft. Und die duldet auch keine dampfende Minizigarette.

Dr. Wolfgang Schwarz, 21.6.2017

Werbeverbot in Deutschland längst überfällig

Das geplante Tabakwerbeverbot in Deutschland - seit Jahren überfällig - wurde schon wieder blockiert. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Volker Kauder, stoppte mit Argumenten der Tabakindustrie ein Werbeverbot. Damit ist Deutschland das einzige Industrieland in der EU, das diese Verpflichtung noch nicht umgesetzt hat. Die Abgeordneten Lothar Binding und Burkhard Blienert schreiben an Herrn Kauder einen lesenswerten Brief.

Sehr geehrter Herr Kauder,

in einem Schreiben aus Ihrem Büro wird die Haltung Ihrer Fraktion zum geplanten Tabakwerbeverbot dargelegt. Der Brief versetzt den Leser in vorindustrielle Zeit zurück. Keine medizinischen Kenntnisse, Krebs und Herz-Kreislaufkrankheiten völlig unbekannt, das Deutsche Krebsforschungszentrum 200 Jahre vor seiner Gründung...

Wir lesen, dass es in einem freien Land erlaubt sein müsse, für ein legales Produkt werben zu dürfen und, dass wer einmal den Weg hin zu Werbeverboten einschlägt, sich auch bei anderen Produkten wie Alkohol und Zucker schwerlich weiteren Verboten entziehen könne. Es erschreckt mich, dass sich CDU und CSU von der massiven Lobbyarbeit der Tabak- bzw. Zigarettenindustrie derart beeindrucken lassen und deren Argumentation eins zu eins übernimmt – in wortgleicher Formulierung.

Die Tabakkonzerne weisen immer wieder darauf hin, dass sie legale Produkte bewerben. Was sie verschleiern, ist, dass diese „legalen Produkte“ bei bestimmungsgemäßem Gebrauch in hohem Maße gesundheitsgefährdend sind und oft zum Tod führen. Die Gefährlichkeit des Produkts wird mit psychologischen Tricks – Freiheit, Zukunft, Geselligkeit – überdeckt. Auch hinkt der Vergleich mit dem Konsum von Zucker und Alkohol – bei dem es erstens entscheidend auf die verzehrte Menge ankommt, zweitens müssen Sie keinen Zucker in Ihrem Kaffee trinken, wenn ich Zucker in meinem Kaffee trinke. Es erschüttert uns, solche Argumente nach der vieljährigen Debatte über den Passivraucherschutz noch zu le-

sen.

Beim Tabak ist bereits die erste Zigarette gesundheitsgefährdend und außerdem gefährdet das Rauchen in der Gegenwart von anderen auch deren Gesundheit. Müssen wir das wirklich im Jahr 2017 noch erklären?

In dem Schreiben wird zudem behauptet, dass die WHO-Tabakrahenkonvention keine rechtliche Verpflichtung zum Tabakwerbeverbot enthält. Eine Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages kommt zu dem Ergebnis, dass es sich bei Artikel 13 Abs. 2 des Abkommens, sehr wohl um eine bindende Verpflichtung handelt, die auch die jetzt geforderten Einschränkungen umfasst. Aber brauchen wir solche Winkelzüge um unsere eigenen Versprechen als rechtliche Verpflichtung zu verstehen?

Wir lesen weiterhin, dass ein Werbeverbot für Tabakprodukte überflüssig sei, weil durch Präventionsmaßnahmen die Zahl der jugendlichen Raucher stark gesunken sei. Laut dem Jahrbuch „Sucht 2016“ der deutschen Hauptstelle für Suchtfragen ist der Zigarettenverbrauch 2015 wieder angestiegen. Die Zahl der konsumierten Zigaretten stieg um 2,24%. Aber auch hier: Reicht unser Erkenntnis-horizont nicht so weit, um zu erkennen, dass Werbung werben will?

Im Jahr 2013 starben 121.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Das waren immerhin 13,5% aller Todesfälle. Die durch das Rauchen entstandenen Kosten belaufen sich allein in Deutschland auf knapp 80 Milliarden Euro (direkte und indirekte Kosten).

Zwar ist die Zahl der Raucher seit einigen Jahren rückläufig. Aber immer noch rauchen etwa 30% der Männer und über 20% der Frauen. Finden Sie das nicht zu viel?

Sehr geehrter Herr Kauder, wir bitten Sie eindringlich den von der Bundesregierung bereits verabschiedeten Gesetzentwurf nicht länger zu blockieren. Wir brauchen zeitnah ein umfassendes Werbeverbot, das jegliche Form der Werbung einschließt, um den Einstieg von Jugendlichen ins Rauchen zu verhindern und den Tabakkonsum in der Gesamtbevölkerung zu senken. Deutschland ist neben Bulgarien das einzige Land in

der EU, das noch Tabakaußenwerbung erlaubt. Ein Unding.

Außerdem fallen Sie mit Ihrer Blockade Ihren eigenen Ministern und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, mit CSU-Partei-buch, in den Rücken. Frau Mortler hat in der Presse noch einmal bekräftigt, dass Sie weiterhin für das Tabakwerbeverbot kämpfen wird. Sie hat dabei unsere volle Unterstützung.

Haben wir nicht alle auch eine Verantwortung gegenüber jenen, die nicht frei genug sind ihre Sucht zu beenden und die auf ein anderes Umfeld warten? Ein Umfeld, das der Deutsche Bundestag schaffen könnte. Wenn Sie es wollten, wenn Sie ihre Verantwortung annehmen.

Zum Schluss möchten wir Sie auffordern, sich endlich für ein gesetzliches Rauchverbot in Autos, in denen auch Kinder mitfahren, einzusetzen. Das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) fand im Zuge diverser Untersuchungen heraus, dass sich selbst bei einer Fahrt mit geöffnetem Fenster im Auto so viel Tabakrauch ansammelt, wie in einer Kneipe in der geraucht werden darf. Gerade für Kinder ist das gefährlich. Kinder atmen schneller als Erwachsene und nehmen dadurch noch mehr Schadstoffe auf, was zu gesundheitlichen Schäden führen kann. Über 87% der deutschen Autofahrer stimmen in der Umfrage des DKFZ einem Rauchverbot im Auto zu, wenn dies dem Schutz der Kinder dient.

Eine gesetzliche Regelung gibt es in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich und Italien, trotz dieser eindeutigen Umfrageergebnisse nicht. Finden Sie nicht auch, dass wir unserer Verantwortung für die Gesundheit der Kinder endlich gerecht werden sollten? Wir hoffen, dass es in der neuen Legislaturperiode gelingt, hier endlich zu einer gesetzlichen Regelung zum Schutz der Kinder zu kommen!

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Binding u. Burkhard Blienert

www.alpha2000.at/nichtraucher

Nebenstromrauch macht Passivrauchen zum Risiko

Jeder zehnte Raucher erkrankt an Lungenkrebs

Der Zeitraum, wie lange man bereits raucht sowie die Anzahl der täglich konsumierten Zigaretten beeinflussen dabei das Krebsrisiko. Nach Angaben der Deutschen Krebsgesellschaft ist bei 25 Zigaretten am Tag die Wahrscheinlichkeit, an einem Lungentumor zu erkranken, 24 Mal höher als bei Nichtrauchern.

Etwa jeder zehnte Raucher erkrankt im Laufe seines Lebens an Lungenkrebs – meist 30 bis 40 Jahre nach Beginn des Tabakkonsums. Etwa 25.000 Lungenkrebs-Todesfälle könnten in Deutschland pro Jahr vermieden werden, würde nicht mehr geraucht werden – so die Schätzung von Experten.

Passivrauchen ist doppelt gefährlich

Dabei ist nicht nur das aktive Ziehen an einer Zigarette für die Lunge Gift. Auch durch das Passivrauchen, also das Einatmen von Tabakrauch mit der Umgebungsluft, steigt das Erkrankungsrisiko. Passivrauchen ist sogar doppelt riskant, wie die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) warnt. Denn die Lunge ist hierbei zwei unter-

schiedlichen Arten von Rauch ausgesetzt: dem Hauptstromrauch und dem Nebenstromrauch. Als Hauptstromrauch wird der Tabakrauch bezeichnet, der von Raucherinnen und Rauchern nach dem Inhalieren wieder ausgeatmet wird. Der Nebenstromrauch entsteht beim Glimmen der Zigarette.

Dieser Nebenstromrauch sei kritischer als der Hauptstromrauch, so die BZgA. Er enthalte zwar wenig Teer und Nikotin. Die Konzentration krebserzeugender Substanzen, die die Bronchien schädigen, sei jedoch wesentlich höher als im Hauptstromrauch, den der Raucher inhaliert. Eine gefährliche Doppelbelastung für die Lunge. Das DKFZ geht davon aus, dass passives Mittrauchen jährlich bei etwa 280 Menschen zu Lungenkrebs führt, 260 Nichtraucher sterben in Deutschland pro Jahr an einem Bronchialkarzinom, weil sie Tabakrauch ausgesetzt waren.

Auch Dieselruß ist ein bedeutender Risikofaktor

Doch nicht nur Tabakrauch erhöht das Lungenkrebsrisiko. Auch die Schadstoffbelastung der Atemluft ist für die Lunge eine Gefahr. Vor allem Dieselruß

gilt als bedeutsamer Risikofaktor. Berufsgruppen, die mit Schadstoffen wie Asbest, Arsen, Quarzstäuben, Chromaten, Nickel sowie aromatischen Kohlenwasserstoffen in Kontakt kommen, haben ebenfalls ein höheres Erkrankungsrisiko.

Das sind häufige Warnzeichen für Lungenkrebs

Lungenkrebs wird häufig erst spät erkannt. Die Erkrankung ist dann oft schon weit fortgeschritten und eine Heilung nicht immer möglich. Wichtig ist daher, die Warnzeichen des Körpers wahrzunehmen und für eine erste Untersuchung schnellstmöglich den Hausarzt aufzusuchen. Aufmerksam werden sollte man sowohl bei einem neu auftretenden Husten, der über Wochen hinweg anhält als auch bei einem chronischen Husten, der sich plötzlich verschlimmert.

Wer innerhalb weniger Wochen oder Monate plötzlich deutlich an Gewicht verliert, obwohl er keine Diät macht, sollte ebenfalls zum Arzt gehen. Atemnot, Brustschmerzen, Knochenschmerzen sowie anhaltende Müdigkeit und Abgeschlagenheit gehören ebenfalls zu den möglichen Warnzeichen, die der Körper sendet. 13.6.2017

Anti-Tabak-Maßnahmen erreichen 60 Prozent

New York (dpa) - Werbe-Verbote, hohe Steuern und Schockbilder: Mehr als 60 Prozent der Menschen weltweit werden einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge durch Anti-Tabak-Maßnahmen erreicht. Das seien rund viermal so viele wie noch vor einem Jahrzehnt, hieß es in der Studie.

Die Tabakindustrie behindere derartige Maßnahmen allerdings immer noch vielerorts, sagte WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus. Die Regierungen müssten sie trotzdem einführen. „Und sie müssen den illegalen Tabakhandel eindämmen, der die globale Tabak-Epidemie und ihre gesundheitlichen und wirtschaftlich-sozialen Konsequenzen verschlimmert.“ Jährlich würden weltweit sieben Millionen Menschen an den Folgen von Tabak-Konsum sterben. „Das ist so als ob man die gesamte Bevölkerung von Bulgarien oder Pa-

raguay jedes Jahr auslöschen würde. Das ist inakzeptabel.“

Einer von zehn Toten weltweit sei eine Folge von Tabak-Konsum, sagte der frühere New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg, der sich mit seiner Stiftung schon länger gegen das Rauchen einsetzt. Aber: „Der Fortschritt, der weltweit gemacht wurde, und den dieser Bericht dokumentiert, zeigt, dass es für Länder möglich ist, das zu ändern.“

Am weitesten verbreitet sind dem Bericht zufolge drastische Warnhinweise mit abschreckenden Bildern auf Zigaretten-Packungen - fast die Hälfte der Menschen weltweit wird damit erreicht. Nur rund 15 Prozent der Menschen weltweit leben dagegen in Gebieten, die von Werbeverboten für die Tabak-Industrie abgedeckt werden.

Ärmere Länder hätten zuletzt

große Fortschritte bei der Einführung von Anti-Tabak-Maßnahmen gemacht, während es in einigen reicheren Ländern an „politischem Willen“ fehle, sagte Douglas Bettcher von der WHO bei einer Pressekonferenz in New York. In den vergangenen zehn Jahren sei die Zahl der Entwicklungsländer, die das Rauchen am Arbeitsplatz komplett verboten hätten, von 4 auf 39 gestiegen. 44 neue Entwicklungsländer führten in diesem Zeitraum drastische Warnhinweise auf Zigarettenpackungen ein und 24 verhängten Werbeverbote.

Unter den reicheren Ländern lobte Bettcher vor allem Großbritannien, Australien und Neuseeland. In den USA hingegen gebe es keine drastischen Warnhinweise auf Zigarettenpackungen und Deutschland sei nur eines von zwei EU-Ländern, in dem es kein komplettes Werbeverbot gebe. 20. Juli 2017

Rauchen soll nicht mehr süchtig machen

Rauchen soll nicht mehr süchtig machen: Das ist das Ziel der einflussreichen US-Lebensmittel- und Medikamentenbehörde FDA. Zu diesem Zweck sollte der Nikotingehalt in Zigaretten reduziert werden, erklärte die Food and Drug Administration.

Hohe Todesrate bei Rauchern

FDA-Chef Scott Gottlieb betonte, die hohen Todesraten bei Rauchern seien auf den Suchtfaktor zurückzuführen. Zigaretten seien „das einzige legale Verbraucherprodukt, das die Hälfte aller Langzeitnutzer tötet“. Nach Angaben seiner Behörde sterben jedes Jahr fast eine halbe Million US-Bürger an den Folgen des Rauchens. Die Behörde erwartet nun zunächst öffentliche Stellungnahmen von Tabakkonzernen und Verbraucherschützern, bevor sie sich zu möglichen Vorschriften für die Hersteller äußert.

Als Reaktion auf die FDA-Ankündigung stürzten die Kurse großer Hersteller an der New Yorker Wall Street ab. Die Aktien des Produzenten Altria mit den Marken Marlboro und Chesterfield verloren zwischenzeitlich 19 Prozent an Wert. An der Londoner Börse gab British American Tobacco um fast sieben Prozent nach.

Warum fördert Rauchen Krebs?

Mittlerweile weiß es jedes Kind: Rauchen kann Krebs und viele andere Krankheiten verursachen. Doch warum eigentlich? Und wie hoch ist das Krebsrisiko für Raucher tatsächlich?

Tabakrauch enthält laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) 4.800 verschiedene chemische Substanzen. Etwa 90 Stoffe sind nach-

gewiesenermaßen krebserregend oder stehen im Verdacht, krebserregend zu sein. Sie werden sowohl über die Schleimhäute und die Lunge aufgenommen als auch geschluckt.

Wie verursachen diese Stoffe Krebs?

Ob sich menschliche Zellen vermehren oder nicht, obliegt einer strengen Kontrolle im Körper. Der Schlüssel dazu liegt im Erbgut. Krebserregende Substanzen im Tabakrauch können diese Kontrolle stören: Sie verändern das Erbgutmolekül DNA und lassen dadurch die Zellteilung aus dem Ruder laufen.

Es kann zu einer massiven Bildung von neuen Zellen kommen, Krebs entsteht. Der Organismus hat zwar Möglichkeiten, solche DNA-Schäden zu beheben, bei Rauchern sind diese Reparaturmechanismen durch die Belastung mit Giftstoffen aber zusätzlich eingeschränkt.

Welche Krebsarten begünstigt Rauchen besonders?

Zigarettenrauch schädigt die DNA dort, wo er direkt mit Gewebe in Kontakt tritt, also beispielsweise im Mund- und Lungenbereich. Krebserregende Stoffe können aber auch im Körper zirkulieren und anderswo zu Tumoren führen.

Raucher haben ein besonders hohes Risiko, an Lungen-, Kehlkopf-, Speiseröhren- und Mundhöhlenkrebs zu erkranken.

Ebenso gibt es einen Zusammenhang mit Leukämie sowie Bauchspeicheldrüsen-, Nieren-, Harnblasen- und Gebärmutterhalskrebs.

Wie stark ist das Krebsrisiko bei Rauchern erhöht?

Insgesamt verursacht das Rauchen nach Angaben der BZgA 25 bis 30 Prozent aller Krebstodesfälle. Etwa jeder zehnte Raucher erkrankt laut Deutschem Krebsforschungszentrum in Heidelberg (DKFZ) im Laufe seines Lebens an Lungenkrebs, im Durchschnitt 30 bis 40 Jahre nach Beginn des Tabakkonsums. Dabei spielt es auch eine Rolle, wie stark ein Mensch raucht.

Erhöht auch Passivrauchen das Krebsrisiko?

Ja. Auch wer nicht selbst an einer Zigarette zieht, atmet noch viele verschiedene Schadstoffe ein. Nach Schätzungen von Experten erkranken mehrere Hundert Menschen pro Jahr durch Passivrauchen an Lungenkrebs.

Zudem sterben laut DKFZ jährlich rund 2.150 Menschen an durch Passivrauchen bedingter koronarer Herzkrankheit (Erkrankung der Herzkranzgefäße), über 770 an durch Passivrauchen bedingtem Schlaganfall.

(Anm.d.Red.: In den deutschen Medien geistert immer noch die Zahl von 3.300 Passivrauchtoten herum. In Wirklichkeit sind es über 10.000!)

Was bringt ein Rauchstopp konkret mit Blick auf das Krebsrisiko?

Nach einigen Jahren Verzicht sinkt das Risiko für die meisten Krebsarten deutlich. Nach einer Dekade hat der Ex-Raucher laut DKFZ nur noch ein halb so hohes Risiko für Lungenkrebs, wie wenn er weitergeraucht hätte. Bis das Niveau eines Nichtraucher erreicht ist, dauere es aber zwanzig bis dreißig Jahre.

T-Online 29.7.2016

Rauchverbot mildert Gewalt in psychiatrischen Einrichtungen

London – Ein allgemeines Rauchverbot auf dem Gelände von psychiatrischen Kliniken hat in der britischen Hauptstadt nicht zu der befürchteten Zunahme von Gewalttaten durch die Patienten geführt, wie eine Studie in Lancet Psychiatry (2017; doi: 10.1016/S2215-0366(17)30209-2) zeigt.

Viele Patienten mit psychiatrischen Erkrankungen sind starke Raucher. Der Nikotin-Abusus gehört zu den Gründen,

warum Menschen mit Psychosen eine um 15 bis 20 Jahre verkürzte Lebenserwartung haben. Trotzdem zögern viele Psychiater, ihren Patienten Angebote zum Rauchstopp zu machen. Viele betrachten Nikotin als Mittel, die durch ihre Erkrankung innerlich aufgewühlten Patienten zu beruhigen. Sie befürchten, dass ein Rauchstopp die Gewalttätigkeit der Patienten, die an vielen Kliniken ein Problem ist, weiter fördern könnte.

Dies scheint nicht der Fall zu sein, wie die Erfahrungen des South London and Maudsley NHS Foundation Trust (SLaM) zeigen, der im Süden der Metropole vier psychiatrische Kliniken betreibt. Im September 2014 wurde dort auf Anraten des National Institute of Health and Care Excellence (NICE) das Rauchen auf den Stationen und auch auf dem Außengelände verboten.

aerzteblatt.de, 16.6.2017

Terroranschläge mit Rauchen und Passivrauchen zu vergleichen, halte ich für völlig absurd. Terroristen verfolgen das Ziel, möglichst viele Menschen mit einer einzigen Handlung umzubringen. Eine möglichst große Anzahl ihnen völlig fremder Menschen soll möglichst sofort sterben oder zumindest erheblich verletzt werden. Terroristen handeln mit Vorsatz. Den Selbstmordattentätern unter ihnen ist weder das eigene noch das Leben anderer etwas wert.

Ganz anders sieht es dagegen mit dem Risiko einer langfristigen Gesundheitsschädigung aus. Dieses Risiko gehen alle Raucher zunächst einmal für sich selbst ein. Rauchen sie jedoch auch noch im Beisein anderer Menschen, nehmen sie das Risiko, diese gesundheitlich zu schädigen, in der Regel vorsätzlich in Kauf.

Es fällt mir zwar schwer nachzuvollziehen, was Menschen bewegt, etwas zu tun, was ihnen gesundheitlich schadet, aber ich muss es einfach als gegeben hinnehmen. Denn in unserer Gesellschaftsordnung haben alle Bürger das verfassungsmäßige Recht zu idiotischen Handlungen. Seine Schranken findet dieses „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ allerdings im „Recht auf körperliche Unversehrtheit“.

Auf Basis des Grundrechts auf Schutz vor Schädigung der Gesundheit haben seit den 1970er Jahren etliche Gerichte (anfangs Verwaltungsgerichte, später Arbeitsgerichte) zugunsten der klagenden Nichtraucher entschieden. Die Verbesserungen des Nichtraucherschutzes am Arbeitsplatz sind beispielsweise sehr stark

Das Recht zu idiotischen Handlungen

Von Ernst-Günther Krause

mit den Entscheidungen der dritten Gewalt im Staat, der Judikative, begründet worden (u.a. 1974, 1984, 1987, 1998).

Abgeordnete fallen nicht einfach vom Himmel, sie werden auch nicht von einem König oder Kaiser bestimmt, sondern in einer Demokratie von den wahlberechtigten Bürgern gewählt. Sie vertreten das Volk und sind deshalb überwiegend nicht besser und nicht schlechter als ihre Wähler. Die britischen Wähler haben im letzten Jahr mit knapper Mehrheit für den Brexit gestimmt. In den USA ist ein „Trumpelmann“ gewählt worden. Er hat zwar nicht die Mehrheit der Wählerstimmen erhalten, jedoch die Mehrheit der Wahlmännerstimmen.

Doch zurück zum Thema: Zu den Wählern in Deutschland (Anm.: und in Österreich) zählen auch die Konsumenten von absolut gesundheitsschädlichen Produkten. Sowohl die Produktion und der Verkauf als auch der Konsum sind legal. Eine Änderung dieser Rechtslage erfordert ein Gesetz. Für ein solches Gesetz muss eine Mehrheit der Volksvertreter stimmen. In einer Diktatur lässt sich das

Abstimmungsverhalten verordnen, in einer – echten – Demokratie nicht.

Demokratie erfordert viel Engagement – nicht nur außerhalb der Parteien, sondern auch innerhalb. Denn die Kandidaten, über die die Wähler zu entscheiden haben, werden ebenso wie das Wahlprogramm von den Parteien bestimmt – genauer: von den Parteimitgliedern sowie den Parteitags-Delegierten. Wer seine Überzeugungen einbringen will und auch noch die Mehrheit in den verschiedenen Parteigremien erringen will, muss deshalb viel Überzeugungsarbeit leisten. Wie schwer und ungeheuer zeitaufwändig das ist, wissen die Leser dieser Zeilen, die selbst politisch aktiv sind. Und sie wissen auch, dass in einer Koalition nur ein Teil des Wahlprogramms realisiert werden kann.

Auch wenn es noch erkennbare Lücken beim Nichtraucherschutz gibt: Die Situation hat sich vor allem seit der Jahrtausendwende erheblich verbessert – und sie wird sich noch weiter verbessern. Immer mehr Menschen haben sich daran gewöhnt, in rauchfreier Umgebung zu arbeiten und ihre Freizeit ohne stinkenden Tabakqualm zu gestalten. Und auch immer mehr Raucher wollen nicht mehr in verqualmten Gaststätten essen und trinken. Sie haben sich mit dem Rauchen vor der Tür an der frischen Luft abgefunden.

Seit 2002 sinkt die Zahl der verkauften Zigaretten – und das kontinuierlich. Immer mehr junge Menschen greifen zum Handy statt zur Zigarette – und bleiben als Erwachsene ihr ganzes Leben lang Nichtraucher.

Aus *Nichtraucher-Info* Nr. 106-II/17

Arthritis durch Passivrauchen in der Kindheit

Rauchen fördert die Entstehung von Rheuma (Arthritis). Rheuma kann seinen Ursprung aber auch schon in der Kindheit haben. Denn Passivrauchen in der Kindheit erhöht das Risiko, später eine Arthritis zu entwickeln. Wenn Eltern also rauchen, dann sorgen sie dafür, dass ihre Kinder später mit höherer Wahrscheinlichkeit chronisch krank werden. Sie sollten daher, spätestens wenn Sie sich ein Kind wünschen, das Rauchen an den Nagel hängen. Und wenn Sie Nichtraucher sind, achten Sie darauf, dass Ihr Kind nirgendwo dem Qualm eines Rauchers ausgesetzt ist.

Die rheumatoide Arthritis ist die häufigste chronisch entzündliche Gelenkerkrankung unserer Zeit und betrifft 0,5 bis 1 Prozent der Bevölkerung. Die Arthritis wird häufig auch nur als Rheuma bezeichnet. Sie zählt zu den Autoimmunerkrankungen und verursacht eine fortschreitende Zerstörung der Gelenke, eingeschränkte Beweglichkeit und eine reduzierte Lebenserwartung. Es ist eine sehr schmerzvolle Krankheit, die sich nur schwer kontrollieren lässt.

Niemand wünscht seinem Kind ein solches Schicksal. Raucher jedoch, die in der Gegenwart ihrer Kinder rauchen,

schaffen die Voraussetzung dafür, dass ihr Kind später an genau dieser Krankheit leiden könnte. Längst weiß man, dass aktives Rauchen das Arthritis-Risiko für den Raucher selbst erhöht. Neu ist jetzt, dass auch Passivrauchen – und das schon in der Kindheit – den Weg für eine spätere Arthritis ebnen kann.

Die Ergebnisse der entsprechenden Studie wurden beim Annual European Congress of Rheumatology (EULAR) 2017 vorgestellt – dem jährlichen Europäischen Rheuma-Kongress.

Zentrum der Gesundheit, 21.6.2017

Schlaganfall-Gefahr bei Jüngeren steigt stark an

Ein Schlaganfall mit 28? Noch bis vor kurzem bezeichneten Ärzte das als „medizinische Rarität“. Doch immer mehr Jüngere erleiden einen Schlaganfall. Die Ursachen dafür sind ebenso banal wie verblüffend.

- Bei jungen Frauen stieg das Schlaganfall-Risiko innerhalb der vergangenen zehn Jahre um ein Drittel.

- Bei jungen Männern sind Rauchen, Übergewicht und Drogen Ursachen für den Schlaganfall.

- Feinstaub und Kohlenmonoxid – Stadtluft schadet bereits jungen Menschen und erhöht ihr Schlaganfallrisiko.

Schlaganfall betrifft vor allem Senioren – diese Aussage stimmt nicht mehr. In den letzten Jahren sind immer öfter junge Menschen von dem Infarkt im Gehirn betroffen. Viele kennen inzwi-

schen im Bekanntenkreis oder unter Kollegen jemanden, den dieses Schicksal ereilt hat – oft sind die Betroffenen nicht mal 30 Jahre alt.

Unter Senioren gibt es immer weniger Schlaganfälle – dafür holen die Jungen auf.

Mehrere internationale Studien bestätigen jetzt diese Beobachtungen. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre stieg demnach in der Gruppe der 18- bis 34-jährigen Frauen die Zahl der Schlaganfälle um 32 Prozent, die der Männer in der gleichen Altersgruppe um immerhin 15 Prozent. Dieses Ergebnis überraschte sogar die Wissenschaftler, denn unter Senioren geht die Zahl der schweren Schlaganfälle leicht zurück.

Gesichert sind die Gründe für die Zunahme von Schlaganfällen unter jungen Erwachsenen: der aktuelle Lebens-

stil mit ungesundem Essen, zu wenig Bewegung, exzessivem Feiern und Rauchen. Noch niemals zuvor gab es unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen so viele Übergewichtige und Raucher – letzteres gilt vor allem für junge Frauen. Ein Drittel der jungen Frauen raucht. Viele ignorieren außerdem die Warnung, dass Pille plus Rauchen das Risiko für einen Schlaganfall potenziert.

Vor allem Übergewicht und Rauchen sind unbestritten Risikofaktor Nummer eins für den Schlaganfall. Und sogar wer als Nichtraucher unter Rauchern leben muss, erhöht durchs Passivrauchen sein Schlaganfallrisiko um 30 Prozent, wie eine Studie zeigt. Zusätzlich haben Bluthochdruck und Diabetes bei Jüngeren zugenommen und das sind bekanntlich weitere Risikofaktoren für den Schlaganfall.

FOCUS ONLINE, 21.8.2017

So schädlich ist Passivrauchen für Kinder

BUNTE.DE, 22.8.2017 - Je kleiner die Kinder, desto gefährlicher ist Passivrauchen für sie. Vor den massiven Auswirkungen auf das Ungeborene wird jede Schwangere gewarnt. Zwei Drittel aller werdenden Mütter geben deshalb das Rauchen zumindest befristet auf. Doch auch nach der Geburt schadet Passivrauchen Kindern extrem.

Plötzlicher Kindstod – was für ein Horrorszenario: Ganz auszuschließen ist die Gefahr nicht, doch das Passivrauchen erhöht das Risiko massiv. Das hat eine mehrjährige Studie (2009 bis 2012) der Universität Münster bestätigt. Die Wohnung sollte deshalb möglichst nicht nur in der Schwangerschaft, sondern auch danach weiterhin rauchfrei bleiben. Babys sollten zudem nicht mit einem Raucher im selben Bett schlafen.

Empfehlungen an Mamis, die das Rauchen gleich nach der Geburt wieder aufnehmen, spätestens 30 Minuten vor dem Stillen die letzte Zigarette zu rauchen, klingen vor dem Hintergrund der erhöhten Säuglingssterblichkeit in Raucherhaushalten wie der blanke Hohn. **Jedes zweite Kind lebt in einem Raucherhaushalt.** Dadurch wird es zum Passivraucher und kann sich nicht dagegen wehren. Verzicht scheint hier die einzige Lösung.

Ursachen für die erhöhte Aufnahme von Passivrauch bei Kindern

In den ersten Lebensjahren sind die Entgiftungsorgane der kleinen Körper noch nicht voll ausgereift. Da Kleinkinder schneller atmen, nehmen sie zugleich mehr Umgebungsluft auf. Umgerechnet auf das geringe Körpergewicht schadet ihnen jedes Gift in der Luft dadurch deutlich stärker als etwa einem Erwachsenen. Und selbst wenn die Kinder später Nichtraucher bleiben sollten, sterben Eintausend von ihnen Jahr für Jahr in Deutschland an den Folgen des Passivrauchens.

Das kleine Laster – Verharmlosung eines Riesenproblems

Nur schnell auf den Balkon eine rauchen? Wer glaubt, damit sein Kind vor dem Passivrauchen schützen zu können, irrt leider gewaltig. In geschlossenen Räumen und vor allem auf kleiner Fläche wie in einem Auto alle vollzuzugalmen, ist sicherlich am schädlichsten. Aber auch im Freien, auf der Terrasse oder im Park, mischt sich der Tabakrauch mit der Atemluft. Da Wissenschaftler keine Grenze ausmachen können, unterhalb derer das Passivrauchen unschädlich wäre, stellt jede Belastung der Umwelt mit Nikotin eine Gefahr für alle dar. Die 250 verschiedenen Gifte im Tabak gelangen zum großen Teil im

Passivrauch als Gase direkt in die Atemwege, 90 davon gelten als krebserregend. Dagegen sind kulturelle Gründe oder der empfundene Genuss beim Rauchen kaum ins Feld zu führen. Die andere Seite wiegt zu schwer.

Kleidung und Haut übertragen ebenfalls Gifte

Gerade bei kleinen Kindern und Eltern kommt noch der Körperkontakt hinzu. Denn die im Tabak enthaltenen toxischen Substanzen, wie Schwermetalle und radioaktive Stoffe, dringen nicht nur in die Kleidung, sondern in Haut und Haare des Rauchers ein. Wer anschließend ein Kind hochhebt und streichelt, infiziert es hochkonzentriert und auf direktem Weg mit den krankmachenden Giften. Angefangen beim Nervengift Nikotin, das den Blutdruck erhöht, das Blut verklumpt und dadurch die Gefäße verstopft, über die Atemgifte Kohlenmonoxid und Ammoniak, die Bronchitis und Asthma auslösen bis hin zu Kopfschmerzen, Schwindel, eine erhöhte Infektanfälligkeit etwa für Mittelohrentzündungen – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Kleinkinder, die noch häufig ihre Hände in den Mund nehmen, fassen dann ihr Spielzeug an, kontaminieren den Teppich, die Möbel, die Wände – so nimmt das Verhängnis seinen Lauf.

Nachbarn durch Zigarettenrauch gestört

Sich in den Garten setzen und entspannt eine Zigarette anzünden – für Andrea und Dirk Dowe gehört das eigentlich zur Lebensqualität. Doch entspannt ist hier schon lange nichts mehr. Denn wenn die beiden nach Feierabend rauchend auf der Terrasse ihres Reihenhäuschens in einem Dortmunder Vorort sitzen, gibt es regelmäßig Zoff mit den Nachbarn.

Am Donnerstag (08.06.2017) hat das Dortmunder Landgericht im Berufungsprozess das Urteil gesprochen: Mit „Rauchen nach Stundenplan“ kann man das Ergebnis auf den Punkt bringen.

Rücksicht auf Nachbarn in Reihenhaussiedlung

Die vor Gericht unterlegenen Raucher müssen sich nun an einen festen Stundenplan beim Qualmen halten: An insgesamt 12 Stunden am Tag dürfen sie die Nichtrauchernachbarn draußen nicht mehr mit Zigarettengestank nerven. So sind folgende Zei-

ten zukünftig fürs Rauchen untersagt: Von 6 bis 9 Uhr, zwischen 12 und 15 Uhr, von 18 bis 21 Uhr, sowie von 0 bis 3 Uhr.

Das Dortmunder Landgericht will so Rechtsfrieden zwischen den Nachbarn in einer dicht bewohnten Reihenhaussiedlung schaffen. Die Geruchsbelästigung durch die Raucher sei beträchtlich, darauf müsse Rücksicht genommen werden. Die Entscheidung ist rechtskräftig. Eine Revision ist damit ausgeschlossen. Die Dortmunder könnten aber noch Verfassungsklage einlegen.

Streit schwelt schon lange

Seit drei Jahren streiten sich die Nachbarn. Nämlich genau seitdem die Dowe ein gläsernes Dach über ihre Terrasse bauten. Jetzt ziehe der Zigarettenqualm wie durch einen Kamin auch hinaus in die Schlafzimmer der Nachbarn nebenan, sagen die.

Ärger selbst zwei Häuser weiter

Als „Kettenraucher“ wurden die Dowe schon bezeichnet - dabei rauchen die beiden nach eigenen Angaben „nicht mal“ eine Schachtel pro Tag. Und das schließlich auf eigenem Grund und Boden. Doch nicht nur dem direkten Nachbarn sind sie dabei ein Dorn im Auge: Auch die Familie im übernächsten Haus zeigt sich mittlerweile genervt von der Qualmerei.

Richterin machte Ortstermin

Beim Amtsgericht Dortmund wollten die rauchempfindlichen Nachbarn 2015 erreichen, dass die Dowe nur noch in eingeschränkten Zeiten rauchen dürfen. Und ab 21 Uhr abends gar nicht mehr. Aber damit nicht genug: Auch in ihrer Küche soll ihnen das Rauchen untersagt werden, wenn gleichzeitig die Dunstabzugshaube eingeschaltet ist, denn die entlüftet nach außen.

WDR, 08.06.2017

Mieterin darf nachts nicht mehr auf Balkon rauchen

Eine Frau aus Berlin-Hellersdorf darf zwischen 20 Uhr am Abend bis 6 Uhr morgens nicht mehr auf ihrem Balkon rauchen. Darauf einigten sich die Streitparteien vor dem Amtsgericht Lichtenberg. Ein Nachbar hatte Klage eingereicht, weil ihn der Rauch aus der Wohnung unter ihm gestört hatte.

So soll der Rauch bei Westwind in seine Wohnung gezogen sein, weshalb er seine Nachbarin verklagte. Die beiden Streitparteien einigten sich schließlich in einem Vergleich.

Der Vergleich, auf den sich die beklagte Raucherin freiwillig eingelassen hat, ist mit einem Urteil gleichzusetzen. In Berufung könne die Angeklagte demnach nicht mehr gehen.

Der Einigung wurde zudem die Androhung eines Ordnungsgeldes per Gerichtsbeschluss beigefügt. Bei Missachtung des Verbots droht der Mieterin eine Geldstrafe von bis zu 250.000 Euro oder sechs Monate Gefängnis. „Dass diese Strafe verhängt wird, gilt allerdings als sehr unwahrscheinlich“, sagte die Sprecherin des

Gerichts.

Das Amtsgericht nahm in der Verhandlung Bezug auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes, wonach einem Mieter Zeiträume freizuhalten sind, in denen er seinen Balkon unbeeinträchtigt von Rauchbelästigungen nutzen kann. Gleichzeitig heißt es in dem Urteil, dass im Gegenzug dem anderen Mieter Zeiten einzuräumen sind, in denen er auf dem Balkon rauchen darf.

www.rbb-online.de, 30.1.17

Rauchen auf dem Balkon nur fünf Stunden am Tag

Den rauchenden Nachbarn werden dem Urteil des Amtsgerichts Ebersberg vom 06.12.2016 unter Aktenzeichen 2 C 231/16 zufolge nur fünf Stunden am Tag zum Rauchen auf dem Balkon gegeben: 7 bis 8 Uhr, 11 bis 12 Uhr, 14 bis 15 Uhr, 18:30 bis 19:30 Uhr, 21:30 bis 22:30 Uhr.

Das Besondere an diesem Fall ist, dass der Richter die Situation auf dem Balkon des Nichtrauchers selbst in Augenschein genommen und eine intensive Geruchsbelästigung in der

Mitte des Balkons und eine geringere an der Wandseite festgestellt hat. Über Luftströmungen zum Zeitpunkt der Augenscheinnahme ist dem Urteil nichts zu entnehmen.

Die Klageschrift wurde von dem Kläger ohne Anwalt gefertigt und bei Gericht eingereicht. Mit den Auskünften der beiden zuvor konsultierten Rechtsanwälte sei er sehr unzufrieden gewesen, schrieb er der NID. Deshalb werde er sich selbst vor Gericht vertreten.

Bei der Anfertigung der Klageschrift stützte sich der Nichtraucher auf Unterlagen der NID, nahm jedoch nicht deren Rat an, keinesfalls ein absolutes Rauchverbot zu fordern. Dem Gericht zufolge hat der Kläger keinen Anspruch auf Unterlassung jeglichen Rauchens, jedoch einen Anspruch auf eingeschränkte Rauchzeiten. Es gab dem hilfsweisen Antrag des Klägers voll statt. Die Kosten des Verfahrens wurden gegeneinander aufgehoben.

Leserbriefe

Nachbarr Rauch

Zum Urteil in Dortmund, nachdem die Nachbarn die Kläger alle 3 Std. für 3 Std. schädigen dürfen:

Wir sollten uns jemand Prominenten aussuchen, Journalist, Politiker, Richter oder so, und im Nachbargarten einen alten, qualmenden Dieselmotor laufen lassen.

Auf die Frage, warum der Besitzer das tut, könnte er antworten: „Ich mag den Geruch und das Rattern beruhigt mich. Man kann sagen, dass ich ein Stück süchtig nach meinem Motor bin.“

Ein Klage wird nicht lange auf sich warten lassen.

Vor Gericht monieren wir dann „Bevormundung“ und „Einschränkung der Freiheit“ und bestehen darauf, den Dieselmotor weiter laufen zu lassen. Dem klagenden Nachbarn raten wir, einfach die Fenster zu schließen.

Es ist anzunehmen, dass der Betreiber verurteilt wird, das Laufen lassen des Motors zu unterlassen.

Wir müssen dann in Revision gehen und verlangen - angelehnt an das Urteil von Dortmund, dass wir den Motor alle 3 Std. für 3 Std. laufen lassen dürfen.

Dies dürfte die Absurdität solcher raucherfreundlichen Urteile sichtbar machen.

Wolfgang Weege

Manipulation und fehlende Transparenz

Die Gastronomie in Bayern und Südtirol hat vom Rauchverbot profitiert. Italien führte das Rauchverbot in der Gastronomie schon 2005 erfolgreich ein und am 2.2.2016 trat ein Rauchverbot um Spitäler und in Autos in Kraft, zum Schutz von Kranken, Schwangeren und Kindern. Dass Österreicher ihre Kinder weniger lieben, ist nicht anzunehmen, aber sie scheinen sich von Demagogen leichter in die Irre führen zu lassen, die Rücksichtslosigkeit gegen andere (auch gegen ihre eigenen Kinder) als Freiheit mündiger Bürger bezeichnen, Bestechlichkeit als Wirtschafts-

kompetenz und Fremdenhass als Heimatliebe. Die Trafikantenzzeitung zitierte Norbert Hofer: „**Ich verspreche den Trafikanten, dass eine Regierungsbeteiligung der FPÖ dafür sorgt, dass dieses allgemeine Rauchverbot in der Gastronomie mit Sicherheit nicht umgesetzt wird.**“

Hofer-Wähler kamen in Österreich v.a. aus dem ländlichen Bereich und den ungebildeten Schichten, so wie in USA die Trump-Wähler.

Die Tabakindustrie heuchelt, ihre Werbung nicht an Kinder zu richten. Tatsächlich zielt sie auf die Jugend und ersetzt so jeden Kunden, den sie tötet, durch ein Kind oder einen Jugendlichen. Die Tabakindustrie manipuliert die öffentliche Meinung nach Plan.

Bernays, der Neffe von Sigmund Freud, begann mit der Manipulation der Öffentlichen Meinung von Frauen in den USA (Anm.: siehe Bericht in der NRZ 2/2017, Seite 15) und wurde später von Göbbels kopiert. Bernays verkaufte Frauen erfolgreich die Zigarette und Männern den Krieg. Als Demagoge ähnelt er dem Blender Strache. Es würde mich auch nicht wundern, wenn die finanzkräftige Tabak- und Waffenindustrie auch heute Schlüsselpersonen kauft, wie sie es seit Bernays immer wieder tat (siehe http://www.aerzteinitiative.at/_Archiv_1.htm).

Zur Korruption wurde in Deutschland 2017 wenigstens eine Liste von Parteispenden veröffentlicht, während österreichische Wähler keine zeitnahen Informationen bekommen.

Univ.-Prof. Dr. Manfred Neuberger

FPÖ - Strache für Raucherlokale

Eine klare Ansage machte der FPÖ-Chef hinsichtlich des ab Mai 2018 in der Gastronomie geltenden allgemeinen Rauchverbots: Dieses sei ein „katastrophaler Fehler“ von SPÖ und ÖVP: „Da werde ich in einer Regierungsverantwortung für eine garantierte Änderung stehen“, die Wirte müssten - wie jetzt auch - selbst entscheiden können, ob sie Raucherbereiche anbieten oder nicht.

Österreich ist der Aschenbecher Europas. Weit über 13.000 Tabaktote jährlich sind zu beklagen, darunter unzählige zwangsberauchte Nicht-

raucher und Kinder, von den tabakbedingt Kranken ganz zu schweigen!

Und da kommt doch tatsächlich FPÖ-Chef Strache daher und will dieses Morden verteidigen! Er hat sogar die Unverschämtheit, diese Menschenvernichtung mit persönlicher Freiheit zu rechtfertigen! Also: Jeder kann Jeden mit Tabakrauch krank machen und morden, wie es ihm/ihr gerade beliebt, ohne dass der Qualmer dafür zur Rechenschaft gezogen wird! Das ist der Höhepunkt einer undiskutablen Menschenverachtung. Es verstößt gegen jedes Gesetz und der menschlichen Grundordnung! Und solche Personen wollen Volksvertreter sein?

Tabak muss geächtet werden ohne jegliche Ausnahmen! Es dürfen aus Macht- und Geldgründen keine Menschen, besonders Kinder geopfert werden. Die österreichische Politik ist aufgefordert, die Menschenrechte ohne wenn und aber zu achten! Wer dies nicht tut, hat in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz!

Richard Hagenauer

Die FPÖ war immer schon eine Raucherpartei. Selbst nach jahrzehntelanger Erfahrung, dass Freiwilligkeiten nicht funktionieren und selbst die Mehrheit der Wirte für eine einheitliche Regelung ist, kämpft diese Partei für Rauchfreiheiten, wo es eindeutig keine geben darf. Gleiches Recht für alle verhindert jeglichen Wettbewerbsnachteil. Wirte, Gäste und Personal werden vom Aktiv- und Passivrauch geschützt. Zudem werden künftig Gäste kommen, die bisher aus gesundheitlichen Gründen jeden Rauchkontakt meiden mussten, oder sich einfach nicht vollqualmen lassen wollten. Das bisherige System der Selbstentscheidung hat sich nicht bewährt, wie die vielen Anzeigen beweisen. Endlich folgt die Regierung dem Vorbild anderer Länder und beschließt auch in Österreich ein absolutes Rauchverbot ab Mai 2018.

Eine Aufweichung darf nicht geschehen! Deshalb müssen Nichtraucher bei der Nationalratswahl am 15.10.2017 die richtige Entscheidung treffen. **Aus Sicht eines wirksamen Nichtraucherschutzes ist die FPÖ nicht wählbar!**

Robert Rockenbauer

Die „Freiheit des Lokalbetreibers“

wäre eine Abkehr des für Mai 2018 von der jetzigen Bundesregierung beschlossene Rauchverbot. **Eine Rückkehr zur alten und total unbefriedigenden Regelung ist inakzeptabel! Ziel aller Parteien sollte eine breite gesellschaftliche Ächtung des Rauchens sein.**

Leider möchten sich auch einige in der CPÖ (Christliche Partei Österreichs) nicht ausreichend mit diesem Thema beschäftigen und verwenden lieber die Slogans der Tabakindustrie und der Wirtschaft: „Freiheit“ und „Bevormundung“. So wird Freiheit pervertiert, denn der Nikotinkonsum führt zu Abhängigkeit, Krankheit und Tod. Und das nicht nur bei denen, die aktiv rauchen, sondern auch bei denen, die passiv unfreiwillig mitrauchen müssen. Das Problem betrifft nicht nur die Gastronomie, sondern auch die rauchenden Eltern, die ihre Kinder in der Wohnung oder im Auto zwangsberauchen und somit an ihnen Körperverletzung begehen. Folgekrankheiten sind Asthma und andere Krankheiten.

Der Gesetzgeber hat sehr wohl das Recht, Dinge zu verbieten, die das Wohl und die Gesundheit der Bürger gefährden. Das sollte dann nicht mit dem Argument der „Bevormundung“ abgelehnt werden. Denn mit solch einem Argument müsste das Anlegen von Sicherheitsgurten im Auto, das Verbot des Telefonierens während des Lenkens eines Fahrzeuges und noch viele andere Gesetze wieder abgeschafft werden, die dem Wohl und der Sicherheit der Bürger dienen.

Körperliche Unversehrtheit und Gesundheit sollten gerade für Christen mehr Bedeutung haben als die schrankenlose „Freiheit“ der Wirtschaft.

Ich erwarte deshalb von allen Parteien, das für Mai 2018 geplante generelle Rauchverbot in der Gastronomie gut zu heißen.

Thomas Graf

In Bayern haben CSU und FDP 2009 versucht, die erste Version des Nichtraucherschutzgesetzes nach einem für die CSU schlechten und die FDP guten Wahlergebnis umzuschreiben. Doch die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben diesem Vorhaben in einem Volksentscheid eine Absage erteilt. Die von CSU und FDP beschlossene Ausweitung der Ausnah-

men vom Nichtraucherschutz wurde nicht nur wieder rückgängig gemacht, sondern sogar ganz gestrichen. Während die CSU daraus gelernt hat, beharrt die FDP bis heute auf ihrem völlig „illiberalen“ Standpunkt. Drei Jahre nach dem Volksentscheid flog sie infolge eines katastrophalen Wahlergebnisses aus dem Landtag.

Ernst-Günther Krause

Verraucherter Spielplatz

Beobachtung vor dem McDonald's Restaurant Salzburg, Alpenstraße 112 im Gastgarten West mit Kinderspielturm: Mütter rauchen neben dem Säugling im Kinderwagen. Der Wind trägt den hochtoxischen Tabakrauch direkt zum Säugling in den Kinderwagen. 14-Jährige rauchen heftig im Rudel und kein Mensch schreitet ein. Jede Menge Erwachsener rauchen ebenfalls und überall mittendrin die wehrlosen Kinder!

Wann endlich begreifen die Verantwortlichen ihre Aufgaben? Es ist völlig unverantwortlich, Säuglinge, Kleinkinder, Jugendliche und auch Erwachsene am Kinderspielplatz mit dem hochgiftigen Tabakrauch zu belästigen und effektiv zu schädigen.

Karl Stangl

Staat verdient nicht am Rauchen

Nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums liegen die jährlichen Gesamtschäden durch Nikotinsüchtige in Deutschland bei rund 80 Milliarden Euro. Die müssen aus Steuern von 82,8 Millionen deutschen Bürgern bezahlt werden. Also rechnerisch rund 950 Euro Verlust pro Jahr für Jeden, egal ob Baby oder Rentner. Die Tabaksteuer verringert alles bloß um 14 Milliarden Euro. Deutschland zahlt seit Jahrzehnten

also finanziell immer drauf (rund 800 Euro pro Bürger). Dazu kommen die tatenlos hingenommenen 140.000 toten Nikotinsüchtigen pro Jahr und die weitaus größere Anzahl von nicht süchtigen Bürgern, die zwangsweise krank- oder totgeraucht wurden. Niemand braucht diese giftige Droge, außer all diejenigen, die mit Sucht, Krankheit und Tod ihr schmutziges Geld verdienen. Leider ist in unserem Lande der Filz von Politik und Drogenindustrie dichter als in Finnland und Neuseeland. Bis zum Jahr 2030, oder früher, soll in diesen beiden Ländern die Nikotindroge verschwunden sein.

Bernhard Kletzenbauer

Rauchverbot im Auto

Neben mir an der Ampel steht ein Familienkombi. Auf der Rückbank zwei Kinder. Vorne der Vater, gestresst rauchend bei geschlossenen Fenstern.

Ich erinnere mich an die Achtzigerjahre, als ich selbst so ein Raucherkind war. Meine Augen brennen, der Hals kratzt. Nein, ich mache meinen Eltern und ihren Freunden deshalb keinen Vorwurf. Das waren halt andere Zeiten, sagt die Verklärung der Geschichte. Nur: Später wurde ich selbst Raucher, der heute mühsam mit dem Aufhören kämpft.

Man mag zum totalen Rauchverbot stehen wie man will. Aber ein Argument der Befürworter ist schlüssig: Des einen Freiheit endet dort, wo sie den anderen beeinträchtigt. Und das gilt ganz besonders für die schützenswertesten Wesen unter uns: die Kinder. Ich frage mich: Würde der Kombi-Papa seine zwei Kinder auch eine Stunde lang hinter den Auspuff stellen? Vermutlich nicht. Deshalb: Ja zum gesetzlichen Rauchverbot im Auto. Anders wird er es nicht lernen.

Christoph Löger

CHRISTLICHE BUCHHANDLUNG

Robert Rockenbauer

6020 Innsbruck, Haller Straße 3 (Mühlauer Brücke)
Montag - Freitag, 9.30 - 12.30 Uhr u. 15 - 18.30 Uhr

Große Auswahl - Beste Beratung

Parkplätze in der Ladezone vor dem Geschäft

Tel. 0664/9302958, Fax 0512/268025 • www.alpha2000.at/christ-buch

seit
1991

Ernst-Günther Krause (BRD): „40 Jahre ehrenamtliche Arbeit sind genug“

Ernst-Günther Krause aus Unterschleißheim engagiert sich seit Jahrzehnten für den Nichtraucher-Schutz. Jetzt will er persönlich kürzer treten - auch weil er und seine Mitstreiter schon viel erreicht haben.

Von Gudrun Passarge

Der ehemalige Berufsschullehrer Ernst-Günther Krause, 69, engagiert sich seit 40 Jahren für den Nichtraucherschutz. Krause ist Leiter der Nichtraucher-Initiative München und geschäftsführender Vize-Präsident der Nichtraucher-Initiative Deutschland, deren Büro in seiner Unterschleißheimer Wohnung untergebracht ist. Er kam über den „Ärztlichen Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit“ zu der Initiative. Seine erste Aufgabe war es, einen Nichtraucherschutz im Münchner Künstlerhaus zu organisieren, dem noch viele folgten. Die Gruppe war beteiligt, 2010 das Rauchverbot in den Gaststätten durchzusetzen, und profiliert sich beim Mieterschutz, wenn es ums Rauchen auf dem Balkon geht. Doch die Münchner Initiative steht kurz vor der Auflösung, eben weil schon viel erreicht wurde.

SZ: Nachdem Rauchen in Gaststätten, auf Bahnhöfen und in öffentlichen Gebäuden nicht mehr erlaubt ist, ist es heute noch ein KampftHEMA?

Ernst-Günther Krause (EGK): Es ist kein KampftHEMA mehr, aber es ist für eine Reihe von Menschen noch ein wichtiges Thema. So gibt es zunehmend mehr Anfragen von Nichtrauchern, die unter gesundheitsschädlichem Tabakrauch aus Nachbarwohnungen leiden.

Was bedeutet das konkret?

Manche Raucher gehen zum Rauchen auf den Balkon. Oder sie öffnen zum Lüften das Fenster, und zwar wann immer sie wollen. Dem hat der Bundesgerichtshof im Januar 2015 einen Riegel vorgeschoben und entschieden, dass auch beim Wohnen das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme anzuwenden ist. Wenn

der eine rauchen will und der andere keinen Rauch einatmen will, dann müssen sie sich in der Regel auf ein Zeitmodell einigen.

Wie könnte das aussehen?

Im konkreten Fall, den wir unterstützt haben, hatte das nichtrauchende Ehepaar Zeiten vorgeschlagen, in denen auf dem Balkon geraucht werden darf, was die Raucher jedoch nicht akzeptiert hatten.

Wie haben sie sich dann geeinigt?

Das musste vom Landgericht Potsdam nicht mehr entschieden werden, denn die stark rauchende Ehefrau war gut ein Jahr nach dem BGH-Urteil gestorben. Der Ehemann rauchte seit dem Tod der Ehefrau nicht mehr auf dem Balkon. Er wurde allerdings schon mit Zigarette auf der Straße gesehen.

Was noch erlaubt ist.

Natürlich. Es geht überhaupt nicht darum, das Rauchen generell zu verbieten, sondern es geht darum, einen angemessenen Ausgleich zwischen Grundrechten zu finden. Das Amtsgericht Ebersberg hat zum Beispiel im Dezember 2016 unter Hinweis auf das BGH-Urteil entschieden, dass der Raucher auf Antrag des Nichtrauchers nur fünf Stunden am Tag auf dem Balkon rauchen darf.

Zu einem anderen Thema: Sie ärgern sich über Volker Kauder.

Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat verhindert, dass der bereits im April 2016 vom Kabinett gebilligte Gesetzentwurf zum Verbot der Plakatwerbung zur Lesung in den Bundestag gelangt. Deutschland ist damit das einzige EU-Land, in dem Plakatwerbung für Zigaretten und Tabak noch erlaubt ist.

Was würden Sie sich von einem Verbot versprechen?

Neun von zehn Rauchern fangen vor ihrem 20. Lebensjahr mit dem Rauchen an. Das heißt, dass die Zielgruppe der Tabakindustrie vor allem die jungen Leute sind. Wenn Tabak-

werbung zu sehen ist, wird Rauchen für etwas Normales gehalten, für etwas, das nicht so schlimm ist. Tabakwerbung ist Werbung für ein Produkt, das absolut gesundheitsschädlich ist. Für kein anderes Produkt darf Werbung gemacht werden, wenn es dermaßen gesundheitsschädlich ist.

Von Abgeordneten haben wir gehört, dass der Widerstand auch von den Kommunen kommt. Diese befürchten, dass die Einnahmen für ihre Plakatwände zurückgehen. Dem gegenüber steht aber die Gesundheitskomponente. Wenn ich verhindern kann, dass 1000 Menschen weniger anfangen zu rauchen, dann trägt das Verschwinden der Tabakwerbeplakate dazu bei, Leben zu erhalten. Handlungsweisen wie die von Kauder treiben die Menschen in die Gefährdung hinein. Ich finde, hier wird etwas mit einer Brutalität durchgezogen, die ich von einem christlichen Politiker nicht erwartet hätte.

Wie steht es mit Alkohol?

Für die meisten Menschen ist Alkohol ungefährlich, vorausgesetzt, sie trinken Alkohol in Maßen. Es gibt schon gewaltige Unterschiede zum Rauchen. Das heißt aber nicht, dass ich für unbeschränkte Alkoholwerbung plädiere.

Wie sähe in Ihren Augen der Idealzustand aus?

Das wäre, wenn niemand mehr rauchen würde. Aber diesen Zustand wird es wahrscheinlich auf absehbare Zeit nicht geben. Der darunterliegende Idealzustand wäre, wenn niemand mehr passiv rauchen müsste. Mein vorrangiges Ziel ist deshalb die **passivrauchfreie Gesellschaft**. Je mehr rauchfreie Gelegenheiten es gibt, desto mehr lassen auch die Raucher das Rauchen sein.

Die Nichtraucher-Initiative München wird am 4. November 2017 nach genau 40 Jahren aufgelöst. 40 Jahre ehrenamtliche Arbeit sind genug. Nicht davon betroffen ist die Nichtraucher-Initiative Deutschland. *Süddeutsche Zeitung, 20.6.2017*